

Martin Zülch

Der Erwartungsdruck wächst

Update vom 19.November zum zivilgesellschaftlichen Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen

Nach Beendigung der Dokumentation „Verhandlungsdruck von unten“ haben mehrere NGOs erneut interveniert – nicht mehr nur aus der Ferne in Form von Petitionen, Aufrufen und Pressemitteilungen, sondern auch direkt vor Ort: vor der SPD-Parteizentrale und rheinland-pfälzischen Landesvertretung, dem Tagungsort der Ampel-Parteien im Berliner Regierungsviertel. Dies geht aus mehreren am 19.November verbreiteten Newslettern und am folgenden Tag erschienenen Presseberichten hervor.

Kein Greenwashing für Gas und Atom

Die Anti-Atomkraft-Organisation NGO *.ausgestrahlt* teilt mit, dass sie am 18.November gemeinsam mit dem *BUND*, *urgewald*, dem *Umweltinstitut München* und der *Bürgerbewegung Finanzwende* eine Protestaktion vor dem Willy-Brandt-Haus in Berlin durchgeführt hat. Das Motto hieß „Laut sein gegen Greenwashing – kein Ökolabel für Gas und Atom“ und war mit dem Appell „Wach auf, Olaf Scholz! Rette den Europäischen Green Deal!“ verbunden. Mit einer lautstarken und kreativen Aktion wurde der künftige Kanzler dazu aufgefordert, sich sofort bei der Europäischen Kommission gegen die Einstufung von Atomkraft und fossilem Gas als nachhaltige Investition stark machen und damit zu verhindern, dass die Energiewende für Jahre durch eine falsche Weichenstellung ausgebremst wird. Begründet wurde dieser Protest in einer gemeinsame Presseerklärung, die am 18.11. unter dem Titel [Kein grüner Anstrich für Atom und fossiles Gas. Zivilgesellschaft fordert von Olaf Scholz sofortige Intervention bei der Europäischen Kommission](#) verbreitet worden ist.

Außerdem weist *.ausgestrahlt* darauf hin, dass der Aktion ein [Offener Brief an Olaf Scholz von 129 Umweltorganisationen](#) mit internationaler Reichweite vorausgegangen sei. Darin fordern die NGOs den kommenden Kanzler auf, „sich gegen die Aufnahme von Atomkraft und fossilem Gas in die neue Taxonomie einzusetzen und diese Haltung auch gegenüber der EU-Kommission und Ursula von der Leyen zu vertreten.“

Ferner sei es durch verschiedene Aktivitäten in den vergangenen Monaten gelungen, „das sperrige Thema Taxonomie auch in die Massenmedien zu bringen, ob satirisch in der ‚[heute-show](#)‘ des ZDF oder als klare Forderung an Scholz und von der Leyen bei ‚[Zeit-Online](#)‘, um nur zwei Beispiele zu nennen.“

Verbot der Betriebsgenehmigung für Nord Stream 2

Seit August 2020 klagt die *Deutsche Umwelthilfe* (DUH) vor dem Oberverwaltungsgericht Greifswald auf Überprüfung der Betriebsgenehmigung für die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2. Zum Stand der Auseinandersetzung teilt der Umweltverband mit, dass am 16. November das Gericht die von der DUH empfohlene Sicherheitsmaßnahme, die Klimafolgen von Nord Stream 2 umfassend neu überprüfen zu lassen, nach längerer Beratung abgelehnt hätte. Zugleich sei jedoch der Forderung zugestimmt worden, dass deutsche Behörden bei entsprechenden Projekten die weltweiten Klimafolgen beachten müssen.

Vor dem Hintergrund dieser widersprüchlichen Rechtslage fordert nun die DUH die Ampel-Parteien dazu auf, die Inbetriebnahme der Pipeline zu verbieten. Sie beruft sich dabei auch auf die am 16.11. bekannt gegebene Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Betriebsgenehmigung für Nord Stream 2 für unbestimmte Zeit auszusetzen, weil die Betreibergesellschaft wichtige Bedingungen für einen unabhängigen Netzbetrieb noch nicht erfüllt habe.

Die Ablehnung der Pipeline begründet die DUH mit folgenden Argumenten: Nord Stream 2 würde jährlich nicht nur mehr als 100 Millionen Tonnen CO₂ verursachen, sondern nach neuen Untersuchungen ebenso Methan-Emissionen in deutlich höherem Ausmaß als bisher angenommen. Deshalb müsse der unkontrollierte Methanaustritt bei der Pipeline – mögliche Lecks bei Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdgas – überprüft werden. Denn Methan sei der Hauptbestandteil von Erdgas und langfristig, über 20 Jahre betrachtet, um das 83fache klimaschädlicher als CO₂.¹

BUND-Aktion zur Zukunft der Landwirtschaft

Der BUND präsentiert ein [Video](#), auf dem zu sehen ist, wie am 19.11. mehrere an den Hauptverhandlungen beteiligte Politiker*innen dazu aufgefordert werden, sich tatkräftig für eine ökologische, sozial gerechte und zukunftsfähige Agrarpolitik einzusetzen: Auf Transparenten und Plakaten sind in auffälliger Form zentrale Erfordernisse wie „Umbau der Nutztierhaltung“, „Artensterben stoppen“ oder „Gentechnik kennzeichnen“ wiedergegeben. Gleichzeitig wird dem Spitzenpersonal der drei Parteien der Appell „Zukunft der Landwirtschaft“ mit auf den Weg gegeben, für den bereits mehr als 28.000 Unterschriften gesammelt wurden. Anschließend plädiert die Hauptgeschäftsführerin des BUND Antje von Broock für die Durchsetzung einer Landwirtschaft, „die allen guttut: den Bäuerinnen und Bauern, den Verbraucher*innen, den Tieren und der Natur.“

Fridays For Future-Proteste

Bereits am 22. Oktober fand in Berlin anlässlich der Koalitionsverhandlungen ein zentraler Klimastreik mit rund 20.000 Teilnehmer*innen statt, bei dem unter anderem ein Baustopp für

¹ Weiterführende Informationen – siehe DUH, [Nordstream 2](#)

Autobahnen und Bundesstraßen, die Abschaffung fossiler Subventionen, ein Kohleausstieg bis 2030 sowie ein Zulassungsstopp für Verbrennermotoren ab 2025 gefordert wurde.²

Am 19. November gibt Fridays for Future (FFF) bekannt, dass erneut in mehreren Städten Aktionen anlässlich der Koalitionsverhandlungen durchgeführt werden. Am gleichen Tag versammeln sich vor der rheinland-pfälzischen Landesvertretung rund 100 Menschen, die von der künftigen Regierung erwarten, dass sie geeignete Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ergreift. Clara Duvigneau von FFF erklärt, dass Klima und soziale Gerechtigkeit anstelle von Profiten und Wachstum in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden müssten.³

Grundsicherung für ein Leben in Würde

Helena Steinhaus von der Initiative *Sanktionsfrei e.V.* berichtet in ihrem Newsletter, dass sie am 18.11. Ricarda Lang, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Grünen, die Petition „Bürgergeld‘ muss mehr sein als ein anderes Wort für Hartz IV!“ mit mehr als 60.000 Unterschriften überreicht hat. Hierzu stellt Frau Lang, die in der Grundsicherung-Arbeitsgruppe mitverhandelt hat, in einem [Video-Statement](#) klar, dass eine „Grundsicherung allen Menschen Teilhabe und ein Leben in Würde ermöglichen“ müsse und deshalb Sanktionen ausgeschlossen seien.

Der Verband Sanktionsfrei e.V. zieht daraus den Schluss, dass sich die Grünen mit Ricarada Lang klar gegen Sanktionen und für eine menschenwürdige Erhöhung des Regelsatzes positioniert hätten, während die FDP das Hartz-IV-System in entbürokratisierter Form beibehalten wolle. Deshalb würde man jetzt von der SPD „eine echte Abkehr vom demütigenden Hartz-IV-System und eine menschenwürdige Grundsicherung“ erwarten.

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen verteidigen

Am gleichen Tag nimmt die Menschenrechtsorganisation *Pro Asyl* zur unerträglichen Situation an der polnisch-belarussischen Grenze Stellung:

„Nach Erdogan ist Lukaschenko der nächste Autokrat, der Schutzsuchende für politische Zwecke instrumentalisiert. Aber erpresst werden kann die EU nur, weil sie ihre eigenen Werte verrät, Grenzen schließt, den Zugang zum Recht auf Asyl blockiert. Auch jetzt sprechen die politisch Verantwortlichen nur von neuen Mauern und Stacheldraht. Sie sind offenbar bereit, die eigenen europäischen Grundwerte wie Menschenrechte und Humanität über Bord zu werfen.“

² Vgl. Malte Kreuzfeld, Bernhard Pötter, [Was Deutschland besser machen muss](#), taz 20./21.11.2021.
Die Autoren erläutern die Auswirkungen der Konferenzbeschlüsse in Glasgow auf die künftige Regierungspolitik.

³ Fridays for Future, [PM: Fridays For Future-Proteste anlässlich der Koalitionsverhandlungen](#), 19.11.2021
[„Wir hatten die Nase auch mal richtig voll“](#), Süddeutsche Zeitung, 20.11.2021

Pro Asyl fordert nun von der künftigen Bundesregierung, „die Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen entschlossen zu verteidigen, anstatt illegale Pushbacks zu legitimieren.“ Die NGO weist auf das im Sondierungspapier festgehaltene Bekenntnis „zur humanitären Verantwortung“ hin, „die sich aus dem Grundgesetz, aus der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt.“ Ferner nimmt Pro Asyl auf die hier vereinbarte Zielsetzung Bezug, zusammen mit den europäischen Partnern Anstrengungen zu unternehmen, „das Sterben auf dem Mittelmeer genauso wie das Leid an den europäischen Außengrenzen zu beenden“.

Dass diesen Worten auch Taten folgen müssen, wird zusätzlich im Appell [Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Europas Grenzen verteidigen!](#) angemahnt, der am 29. Oktober von Pro Asyl und fünf weiteren europäischen Organisationen verabschiedet worden ist. Von der neuen Regierung wird erwartet,

- Zugänge zu Asylverfahren und menschenwürdigen Unterbringungen zu ermöglichen und damit den Werten, auf die sich die EU gründet, zu entsprechen,
- die Europäische Kommission zu veranlassen, gegen Polen, Kroatien und Griechenland Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und ebenso gegen Menschenrechtsverletzungen anderer Mitgliedsstaaten im Bereich Asyl und Migration vorzugehen,
- einen wirksamen Kontrollmechanismus einzurichten, der unangekündigte Besuche an Grenzen sowie die Strafverfolgung von Täter*innen ermöglicht,
- jegliche Unterstützung des Grenzregimes in Polen, Kroatien, Griechenland und anderer Staaten einzustellen, die an ihren Grenzen Völkerrecht missachten,
- auf Menschenrechtsverletzungen bei Frontex-Operationen entschlossen zu reagieren, d.h. die Finanzierung und den Einsatz von EU-Grenzschutzbeamten auszusetzen, wenn diese internationale Menschenrechtsstandards missachten,
- ein ziviles EU-Seenotrettungsprogramm zu vereinbaren, mit dem das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Bootsflüchtlingen eine menschenwürdige Aufnahme sowie Zugang zu fairen Asylverfahren gewährt wird,
- sichere und reguläre Fluchtwege nach Europa zu schaffen sowie
- die Zusammenarbeit mit der ‚libyschen Küstenwache‘ und den damit fortwährenden Völkerrechtsbruch im Mittelmeer zu beenden.⁴

Keine neuen Atombomber und schmutzigen Waffen-Deals

Eine weitere Protestaktion im Regierungsviertel ist dem Problemfeld „Rüstungspolitik“ gewidmet – einem Thema, über das auch verhandelt wird. Wie die taz berichtet, hat die von *Greenpeace* initiierte Aktion durch Ergebnisse einer Umfrage Rückenwind bekommen, die von der Organisation

⁴ Vgl. hierzu die ergänzenden Denkanstöße von Daniel Schulz in: [Ignoranz und Resignation](#), taz 20./21.11.2021

beim Institut Kantar in Auftrag gegeben wurde. Demnach hätten 76 Prozent der Befragten den Kauf neuer Flugzeuge abgelehnt, die das veraltete Arsenal der Tornado-Kampffjets ersetzen sollen und sich für Atomwaffeneinsätze eignen.

Bislang seien 20 US-Atombomben in Deutschland stationiert: „Im Ernstfall wäre es Aufgabe der Bundeswehr, diese mit ihren Tornado-Jets über feindliches Gebiet zu fliegen und abzuwerfen.“ Die Ampel-Parteien entscheiden nun darüber, wie künftig in der Nato mit dem Prinzip der nuklearen Teilhabe umgegangen werden soll. Hierzu legt die Befragung die Schlussfolgerung nahe, dass sich Deutschland nach Ansicht einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung nicht am Einsatz von Atomwaffen beteiligen soll.⁵

Aus einem weiteren Umfrageergebnis geht hervor, dass die Anhänger*innen aller Ampel-Parteien mehrheitlich ein Rüstungsexportgesetz befürworten, in dem Waffenausfuhren in Staaten verboten werden, die Menschenrechte missachten. Nach Einschätzung von Alexander Lurz, des Abrüstungsexperten von Greenpeace, läuft dieses Befragungsergebnis auf einen klaren Appell hinaus:

„Die Ergebnisse sind ein Aufruf der Anhänger*innen an die Verhandler*innen, ein striktes Rüstungsexportgesetz im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Nach 16 Jahren CDU-Blockade ist jetzt der Weg für einen konsequenten Aufbruch frei.“

⁵ Tobias Schulze, [Deutsche wollen keine Atombomber](#), taz 20./21.11.2021.

Siehe auch Greenpeace, [Bomben bringen keinen Frieden. Eigentlich darf Deutschland keine Atomwaffen besitzen. Aber in Büchel lagern trotzdem welche](#). Januar 2021